4. AKTUELLE STUNDE

Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Mag.ª Astrid Eisenkopf
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 22. Jänner 2026

Aussprache über Themen von Allgemeinem Interesse
gem. §31a der GeOLT

Gemäß Art. 12 Abs. 1 Z. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes obliegt dem Bund die Grundsatzgesetzgebung im Bereich der Heil- und Pflegeanstalten (Spitäler), während die Länder für die Erlassung der Ausführungsgesetze sowie für deren Vollziehung zuständig sind. Im Zuge der österreichweit vorliegenden Diskussion über eine Reform im Gesundheitswesen sprechen sich immer mehr Landespolitiker:innen für Gesundheitsregionen aus. So sprach sich Tirols Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP) in einem Ö1-Interview für eine überregionale Gesundheitsversorgung aus. Dafür sei es notwendig, die „Bundesländergrenzen zu sprengen". Wiens Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) wünscht sich vier Gesundheitsregionen. Im Vorschlag des Wiener Bürgermeisters soll sogar das Burgenland in Nord- und Südburgenland geteilt werden, die jeweils zu einer anderen Gesundheitsregion gehören sollen. Die ÖVP-Landeshauptfrauen Karoline Edtstadler und Johanna Mikl-Leitner sprachen sich gar für eine Verschiebung der Gesundheits- und Spitalskompetenzen in Richtung Bund aus. Diesem Vorschlag ist auch ÖVP-Landeshauptmann Stelzer nicht abgeneigt. Offensichtlich sind jene Landespolitiker:innen nicht mehr in der Lage, die Spitals- und Gesundheitsversorgung effizient und patientenfreundlich zu gewährleisten. Selbst der ehemalige ÖVP-Generalsekretär und aktuelle Vorsitzende des Verwaltungsrates der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) Peter McDonald fordert in einem aktuellen Interview der „Krone" Spitalsschließungen und ebenfalls eine Kompetenzverschiebung Richtung Bund.

Eine Kompetenzverschiebung im Bereich der Heil- und Pflegeanstalten in Richtung Bund hätte drastische Verschlechterungen für Patient:innen und einen Kahlschlag in der derzeitigen Spitalslandschaft zur Folge. Leidtragende einer Zentralisierung wären vor allem ländlich strukturierte Regionen. Für das Burgenland würde es wohl die Schließung von drei Spitalsstandorten bedeuten – wie die ehemalige ÖVP-Landesrätin Resetar es bereits forderte. Daher ist dem Zentralisierungsgedanken schnellstmöglich ein Riegel vorzuschieben. In einem Interview stellte Landeshauptmann Hans Peter Doskozil klar, dass eine Verschiebung der Gesundheits- und Spitalskompetenzen in Richtung Bund nicht in Frage komme und willkürliche Grenzen im Gesundheitswesen nicht zielführend sind. Das

Gesundheitswesen ist eine der wichtigsten Kompetenzen der Länder, da diese garantieren können, dass regional die besten Entscheidungen für die Bevölkerung getroffen werden. Aus diesem Grund bekennt sich die rot-grüne Burgenländische Landesregierung zur bestehenden Kompetenzverteilung im Gesundheitswesen, da nur sie den Erhalt der fünf Spitäler im Burgenland garantieren kann. Die burgenländische Fünf-Spitäler-Garantie gemäß dem Zukunftsplan 2030 stellt sicher, dass die Burgenländer:innen in allen Landesteilen bestmöglich versorgt sind.

Das Land Burgenland investiert seit Jahren in die Gesundheitsversorgung der Burgenländer:innen. Mit dem abgeschlossenen Bau des Krankenhauses Oberwart und dem geplanten Neubau des Krankenhauses Gols werden die Spitäler laufend modernisiert. Anfang März wird in der Klinik Oberwart die landesweit erste Abteilung für Herzchirurgie eingerichtet. Zusätzlich entsteht das erste Maggie's Center Österreichs in der Klinik Oberwart. Ein Maggie's Center ist kein Behandlungszentrum im engeren Sinn, sondern ein Unterstützungszentrum für Krebspatient:innen und ihre Familien. Auch in budgetärer Hinsicht war der Bau des Krankenhauses Oberwart ein voller Erfolg. Mit Gesamtkosten in Höhe von 180 Millionen Euro blieb das Projekt deutlich unter dem vom Land Burgenland vorgegebenen Kostenrahmen von 235 Millionen Euro und war bereits zum Zeitpunkt der Eröffnung des Spitals vollständig aus dem Landesbudget abbezahlt.

Ende des Jahres 2025 wurde ein weiterer Meilenstein für den Bau der Klinik Gols gesetzt: der Gewinner des Architekturwettbewerbs wurde ausgewählt. Das Siegerprojekt verbindet moderne Klinikarchitektur mit Naturbezug und schafft die Grundlage für hochwertige Gesundheitsversorgung im Nordburgenland. Das geplante Leistungsspektrum der Klinik Gols ist umfangreich und reicht von der hochwertigen Basisversorgung bis hin zur Spitzenmedizin in den Bereichen Urologie, elektive Orthopädie und Hernien-Chirurgie. Das Krankenhaus soll 132 stationäre Betten, davon 12 Intensiv-Betten, 46 ambulante Betreuungsplätze sowie vier Operationssäle umfassen.

Ein weiterer großer Schritt der burgenländischen Offensivstrategie im Gesundheitswesen ist der Ausbau des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder in Eisenstadt. Für eine umfassende Erweiterung und Modernisierung investiert die burgenländische Landesregierung eine Rekordsumme in Höhe von 250 Millionen Euro in das Krankenhaus. Unter anderem soll die Bettenkapazität der Psychiatrie genauso erweitert werden wie der Intensivbereich für Kinder und Frühgeborene an der Abteilung für Kinder- und Jugendheilkunde, die ICU (Intensiv Care Unit) mit zusätzlichen Beatmungsplätzen, die Dialyseplätze, die onkologische Tagesklinik sowie die Zentrale Ambulante Erstversorgung. Zusätzlich sollen künftig zwei neue Computertomographen und ein zweites MRT-Gerät die Versorgungsqualität im Krankenhaus Eisenstadt steigern. Um im Burgenland ausreichend medizinisches Personal für die öffentliche Gesundheitsversorgung sicherzustellen, setzt die Burgenländische Landesregierung zahlreiche Maßnahmen um – darunter Stipendienmodelle, kostenlose Vorbereitungskurse für Aufnahmetests zum

Medizinstudium sowie die Etablierung einer Medizinischen Privatuniversität im Burgenland.

Somit ist klar ersichtlich: Wer die bestmögliche Gesundheitsversorgung für die Burgenländer:innen sicherstellen will, muss die Kompetenzen für die Ausführungsgesetzgebung sowie die Vollziehung bei den Ländern – und damit beim Land Burgenland – belassen. Nur die Burgenländische Landesregierung kann eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe und patientenfreundliche Gesundheitsversorgung gewährleisten. Die Burgenländische Landesregierung wird auch weiterhin mit gezielten Investitionen die Spitalslandschaft und die medizinische Versorgung stetig verbessern und dafür sorgen, dass die Burgenländer:innen in allen Regionen bestens versorgt werden. Wie bereits Agenda Austria feststellte, sind dezentrale Strukturen in Form eines funktionierenden Föderalismus eine zentrale Voraussetzung für Innovation, bestmögliche Anpassung an lokale Gegebenheiten, politisches Verantwortungsbewusstsein und fiskalische Disziplin.

Die Bundesländer dürfen jedoch bei der Gesundheitsversorgung nicht territorial denken und an Bundesländergrenzen enden lassen. Damit die Patient:innen in Österreich bestmöglich versorgt werden, haben die Bundesländer überregional zusammenzuarbeiten. Es darf nicht sein, dass Patient:innen aus anderen Bundesländern nur allein aufgrund ihres Wohnsitzes abgelehnt werden.

Um hierüber im Burgenländischen Landtag auf breiter Basis zu diskutieren, stellen wir den Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde in der Landtagssitzung am 29. Jänner 2026 zum Thema:

„Beste Gesundheitsversorgung für die Burgenländer:innen nur mit starken Kompetenzen der Länder!“